

Ersteinigt täglich
nachmitt. mit Annahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 80 Pfg.
vierteljährlich 1.60 Mk.
Halbjährlich 3.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.60 Mk. exkl. Verzinsg.

Die Neue Welt!
(Unterhaltungsbeilage)
durch die Post nicht bezogen,
kostet monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Nr. 1047.
Postabteilung Halle/Saale.

Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Echatsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühren
betragen für die gewöhnliche
Zeitung ober deren Raum
80 Pfennig.
Für aussergewöhnliche Anzeigen
80 Pfennig.
Im reaktionären Sinne
kostet die Zeile 70 Pfennig.

Insertate
für die ganze Nummer
müssen spätestens am
Vormittag halb 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben
sein.

Empfänger in die
Postzeitungsliste.

Hornberger Schießen!

Das preussische Dreiklassenhaus lehnte alle Anträge
auf Wahlrechtsänderung ab!

Das preussische Dreiklassenhaus hat zwei Tage lang über die freikundigen, politischen und nationalliberalen Wahlrechtsanträge beraten und sie alle abgelehnt!

Für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht stimmten Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen und Zentrum, letztere mit dem Vorbehalt, daß die aus der verschiedenen Größe der Wahlkreise entspringende tatsächliche Ungleichheit der Wahlberechtigung beibehalten bleiben müsse. Konserervative, Freikonservative und Nationalliberale lehnten die Einführung des Reichstagswahlrechts ab. Der nationalliberale Herr Friedberg begründete diese Haltung seiner Partei mit dem denkwürdigen Ausspruch, daß die Entscheidung nicht den Waffen zuzulegen dürfe; er bewies damit auf neue Weise, daß seine Partei ihre Feindschaft gegen das geltende Wahlrecht im Reiche nur deshalb noch notdürftig zu verbergen sucht, weil ihr der Mut fehlt, offen dagegen aufzutreten.

Für das Pluralwahlrecht, wie es die Nationalliberalen wollen, oder — wie es im Antrag Sobrecht und Genossen mit unfeindlichem Eifer heißt — für das nach „der Bedeutung der Einzelpersonlichkeit abgemessene“ Wahlrecht stimmten die Nationalliberalen allein. Man mag sich in Sachen merken, daß der geschäftig-groteske Plan, der dort seine Verwirklichung fand, im preussischen Abgeordnetenhaus gegen den Widerspruch einer Heinen Minorität unter großer Heiterkeit begraben wurde.

Für die Erledigung des indirekten Wahlverfahrens durch das direkte (Wf. 2 des Antrages Sobrecht) stimmten beim Gesamtwahlrecht nur 108 gegen 198 Abgeordnete, 110 fehlten. Also abgelehnt! Und ähnlich gestaltete sich das gesamtdeutsche Verbleiben nicht genau feststellbare Stimmverhältnis bei der folgenden Abstimmung über Wf. 2 des nationalliberalen Antrags, der die Einführung der geheimen Abstimmung verlangte. Auch dieser Vorschlag wurde mit einer Zufallsmehrheit von drei oder vier Stimmen verworfen. Er hätte zur Annahme gelangen müssen, wenn neben den Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen auch Zentrum und Nationalliberale möglichst vollständig vernehmlich gewesen wären und geschlossen für ihn gestimmt hätten.

Schließlich wurde auch der vierte nationalliberale Vorschlag zur Güte „eine Veränderung der Landtagswahlrechte insoweit vorzunehmen, als durch Umwidmung der wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Verbesse rung der für die bisherige Einteilung der Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten ist“, von der gesamten Stimmzahl der Konservativen, Freikonservativen und Zentrumsleute (1) erbrückt. Das Zentrum war nicht dazu zu bewegen, für diesen Antrag zu stimmen, obgleich sein nationalliberaler Begründer Dr. Friedberg versicherte, es käme seinen Freunden nicht darauf an, eine „mechanische“ Neueinteilung der Wahlkreise herbeizuführen, und das Vorrecht der „größeren Plätze“, d. h. des platten Landes zu beibehalten. Das Zentrum will selbst bei Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts nicht das kleinste Stüchlein des ungeheuerlichen Pluralwahlrechts aufgeben, das den schätzlichen Dreiklassenwähler vor dem länderlichen aufs tiefste erniedrigt und entwertet. Damit bewährte sich das Zentrum, das für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einstimmig vorgibt, als Hüter eines brutalen Wahlrechts.

So lautet das Ergebnis der ganzen Debatte: Abgelehnt! Abgelehnt! Abgelehnt! Kein Vorschlag zur Veränderung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts hat den Beifall der Versammlung gefunden. Es liegt nahe, daraus den Schluß zu ziehen, das Haus habe erklären wollen, es liege am Boden des Dreiklassenwahlrechts und wünsche nicht, daß an den bewährten Grundlagen“ gerüttelt werde. Aber dieser Schluß, der, wenn er richtig wäre, wenigstens den Vorzug hätte, klar und eindeutig in die Situation zu bringen, ist doch nicht ganz richtig, wenigstens nicht ganz richtig. Von sämtlichen Parteien haben sich nur die Deutschkonservativen in der bekannten bifurkatorischen Weise für die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts ausgesprochen. Auch Nationalliberale, Zentrum, Freisinnige, Polen haben sämtlich mit dem Munde und in den schärfsten Ausdrücken erklärt, sie beträuteten das Dreiklassenwahlrecht als überlebt, morsch, als Karikatür eines Wahlrechts — und diese Parteien bilden zusammen bei vollem Bestehen des Hauses die Mehrheit. Die konservativen Anhänger des Dreiklassenwahlrechts wurden selbst dann in der Minorität sein, wenn sie bei ihren Nachbarn zur Linken, den Freikonservativen, volle Unterstützung finden würden, was aber, wie man aus den Äußerungen des Freiherrn v. Bodelschwingh, leinertwegs ganz der Fall ist. Es besteht also im Abgeordnetenhaus sovielen auch keine Mehrheit für die Erledigung des Dreiklassenwahlrechts.

Was will nun eigentlich dieses schlaube Muster einer hohen Abstimmungsverordnung? Es will kein Klassenwahlrecht, kein Mehrstimmwahlrecht aber auch kein gleiches Wahlrecht. Das Wahlverfahren soll weder direkt noch indirekt, die Abstimmung weder öffentlich noch geheim sein. Man muß gefahren, ebensoviel, Weisheit, ebensoviel Klarheit und Entschiedenheit der Meinung hätte sich auch ergeben lassen, wenn man die Ent-

scheidung der Wahlrechtsfrage statt diesem „hohen Hause“ einer beliebigen Schlichter überlassen hätte. Für seine Art: Gesehe scheint das Nichterwört von Geseh und Rechten, die sich wie eine ewige Krankheit forterben, mehr zu gelten als für Wahlgesetze. Je schlechter Wahlgesetze sind, desto schwerer scheint es, sie los zu werden; denn diejenigen, die befehlen sind, sie zu befehligen, die gewählten Gesege, werden ihre Wahl diesen schlechten Gesege, und würden sich durch ihre Abschaffung ja selber den Boden ihrer politischen Existenz entziehen. Je schlechter ein Wahlgesetz ist, desto schlechter, unfähiger, dem Guten selbstföhrer wird auch das Parlament sein, das aus den schlechten Wahlen hervorgeht.

Leute, die nicht wissen, wohin sie wollen, müssen geführt werden. Eine entschlossene Regierung könnte vielleicht dem hilflosen Landtag den Weg zeigen, den zu gehen ihm Vernunft und Ehre gebieten (siehe Geheerrecht). Aber die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus sind ja nur ein getreues Spiegelbild der Beratungen, die in der letzten Zeit im Schoße einer losdankwilligen Regierung gepflegt worden sind. Auf den Dächern hängen verschiedene Geistes, die sich nicht zu helfen wissen. In Preußen und im Reiche freier sich die allgemeine Kopflosigkeit abermals zur politischen Krise, die Regierungen und die Parlamente verbergen durch ihr schamlos unentschlossenes schwankendes Verhalten den letzten Rest ihrer Autorität. Für ein politisches, energieloses, feiner Idee bemutetes Volk sind solche Zeiten der Auflösung und Verwirrung Zeiten des Fortschritts des politischen Fortschritts. Die von sozialistischen Parteien verhasste Masse lernt denken und schaut sich politisch.

Regierung und Parlament zeigt sich unfähig, die Lebensfragen des Volkes zu lösen; das Volk muß seine Sache selbst in die Hand nehmen!

Stimmungsbild von den Verhandlungen.

Aus dem Klassenhaufe schreibt man uns: Das preussische Dreiklassenparlament verordnete heute nur noch wenige Stunden auf die Beratung der Wahlrechtsanträge, die allein von drei liberalen Rednern ausgefüllt wurden. Der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg zog sich wenigstens rednerisch mit einigen Anstand aus der Affäre; er antwortete wenigstens äußerlich scharf genug auf die gestrigen Konservativen Proclamationen. Er schloß die Agitation, daß sie ihre christliche Gemeinamkeit mit dem Zentrum gerade in dem Augenblicke erweist können, wo das Zentrum im Namen des Christentums ein gleiches Wahlrecht forderte, während sie hartnäckig an dem ungerechten und überlebten Dreiklassenwahlrecht festhielten. Da zog er für seine Person noch das Christentum des Zentrums vor; denn das Christentum der Konservativen diene nur dazu, den Heuchlermantel für ihre eigennützigen Interessen abzulegen. Auch sonst sagte Dr. Friedberg den Konservativen manche unangenehme Wahrheiten. Sie spielen sich als die bewährtesten Hüter des Thrones auf und kümmern sich dabei nicht im mindesten darum, daß in der Thronrede die Wahlrechtsreform für eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart erklärt worden ist. Sie wollen also die Krone bevorzugen, nicht der Krone dienen. Ganz offen sprach der nationalliberale Redner aus, daß wer die schweren Schäden des Dreiklassenwahlrechts leugne, sie einfach nicht sehen wolle. Am letzten Ende aber behielt doch dieser parlamentarischen Vertretung des großindustriellen Bürgertums die Eigenhaft, die immer ihre schwächste Seite war, der Mut. Statt dem Stenographen und Mitschreibern zu erklären, daß nach den vielen Mißverständlichkeiten der Junter die Liberalen jetzt auf den Kopf stehen und sich selbst nach links blicken würden, erklärte Dr. Friedberg, daß die Nationalliberalen es darauf ankommen lassen wollten, aus dem Vlod herauszukommen zu werden, um dann allein wieder ihren alten Weg der kalten, unentschiedenen und in Wahrheit unentscheidbaren „Opposition“ zu gehen.

Genau so feige, nur als Redner durch das üble Bezirksvereinspathos ganz unerträglich, sprach die unentwegte Freisinnigkeit des Dr. Wiemer. Ueber sozialdemokratischen Terrorismus bei der letzten Landtagswahl redete er den größten Unfinn, den man sich überhaupt denken kann; er warf uns vor, daß wir das Wahlgeheimnis frivol verletzten und die Wahlfreiheit schände mißbrauchen hätten. Wahlgeheimnis bei der Dreiklassenwahl? So hat Herr Dr. Wiemer noch nichts davon gehört, daß zum preussischen Abgeordnetenhaus öffentlich gewählt wird, daß es da gar kein Wahlgeheimnis gibt? Keinhilf oberflächlich redete Dr. Wiemer über den Terrorismus unserer Gegner, der uns erst zu der Notwehr gezwungen hat, und über die Schuld der Freisinnigen an immoralen Wahlrechtsverfälschungen, die er hilflos hammernd bestritt. Vor den Vlod verzichtete er, nachdem die Konservativen ihn entzweit freisinnigen Regierungs- und Ordensberücklichtet schon so bald vorbei sein solle. Wenn Dr. Wiemer übrigens meinte, die Freisinnigen würden nach der Zerstümmung des Vloides so da stehen wie vor seiner Gründung, so irrte er sich; sie haben seitdem in den Vlodgeten all ihre Grundzüge schmaußvoll verloren.

Nach einer unbedeutenden Schlußrede des Freisinnigen Hoff kam man zur Abstimmung über die Wahlrechtsanträge. Außer den unmittelbaren Reaktionen, den ausgesprochenen Agro-

rien, den Konservativen und Freikonservativen, die natürlich gegen jede Wahlrechtsreform stimmten, stimmten die Nationalliberalen gegen das gleiche Wahlrecht, das Zentrum gegen die Neueinteilung der Wahlkreise, die eine unbedingte Bedingung für ein gerechtes Wahlrecht ist. So fielen die grundlegenden Wahlrechtsforderungen mit großen Mehrheiten. Aber für die Forderung des geheimen und des direkten Wahlrechts hätte sich selbst in dem reaktionären Dreiklassenparlament eine Mehrheit finden müssen. Denn auf diese Forderungen hatten sich Zentrum, Nationalliberale, Freisinnige und Polen längst festgelegt. Da aber stellte sich das Heberatschende heraus, daß für sich allein die Konservativen und Freikonservativen diesen Teil der Wahlrechtsanträge zu Fall brachten, weil sie in großer Zahl erschienen waren, während Nationalliberale und Zentrum fast die Hälfte ihrer Mitglieder ab zum man abgelehnt hatten. Mit 128 gegen 165 Stimmen wurde auch dieser Rest der Wahlrechtsforderung abgelehnt und zur geheimen Freieide aller bürgerlichen Parteien wieder einmal ein positiver Befehl zur preussischen Wahlrechtsreform erteilt. Nun wird die Wahlrechtsforderung im Vette der Vorarbeiten des Polizeiministeriums lösen, bis eine neue kräftige Aktion des Proletariats sie zum Leben weckt. —

Zum Schluß der Sitzung verhandelte man noch über einen nationalliberalen Antrag auf Einsigung der Lehrer zum Schöffenamt, der an die Interdiktionskommission verwiesen wurde. Am Donnerstag beginnt die zweite Lesung der Wahlrechtsanträge.

Politische Uebersicht.

Halle, den 27. Januar 1909.

Uns dem Reichstage.

Der Reichstag verhandelt am Dienstag über die neue Dampferinsubventionsfrage, mit der trotz ihres vorläufigen Scheiterns die Regierung erneut aufwartet. Diese Liebesgabe für den Norddeutschen Lloyd und die Neu-Quineapagnie ist mit einer Begründung versehen, deren orientalische Pracht der Farbgebung deutlich auf Herrn Dernburg hinweist. Ob die Liebesgabe diesmal bewilligt werden wird, steht dahin. Die wirtschaftliche Vereinigung scheint nicht mitmachen zu wollen. Die anderen Vlodgruppen freilich sind bewilligungslustig. Herr Semler ist natürlich Feuer und Flamme und Herr Soemann aus Bremen ludete mit schöner Mißgunst für den norddeutschen Lloyd Stimmung zu machen. Auch die Konservativen sind für die Vorlage. Für sie sprach Degenfeldt, der sein wildes Dasein als Fraktionsloser augenscheinlich deshalb aufgegeben hat, weil er als Fraktionsredner der zumeist etwas mangelhaften Junter seinen angeborenen Redebedürfnis die Zügel nicht schenken lassen kann. Der Reichstagsleiter Diefen sprach lang und breit von dem blühenden Neu-Quineen, dessen Handelsbilanz wohl kaum die jährlichen Einnahmen dieses reichen Herrens und Volkstreters erreicht. Natürlich befürwortete auch Herr v. Bethmann-Hollweg die Vorlage und zu seiner Unterstützung war Herr Dernburg in einer Weise vom schönsten Schokoladenbraun herbeigeit.

Unser Fraktionsredner Koste geriefte ganz unformalrig die Vorlage. Ein paar Kapitalisten in Neu-Quinea billige Arbeitskräfte (Chinesen und noch billiger arbeitende Malaien) zu verschaffen, ist des Pudels Kern. Auch Herr Erzberger, dem man vom Regierungstische aus vergebens mit schönen Mißionsgeschichten zu führen suchte, und der Antisemit Raab gingen mit der Vorlage scharf ins Gebet, die schließlich an die Budgetkommission wanderte. In Anbetracht des Umstandes, daß vor 30 Jahren Wilhelm II. das Licht der Welt erblickt hat, ist am Mittwoch keine Sitzung. Am Donnerstag wird die Beratung unseres Antrages über die Befestigung der rechtlichen Parafizierung der Landarbeiter fortgesetzt.

Bülow und der Vlod.

Die innere Spannung, die den Vlod in Trümmern zu reißen droht, ist durch die Verhandlungen des zweiten Tags der Wahlrechtsdebatte zum mindesten nicht gemindert worden. Allerdings hat Herr Wiemer es unterlassen, das Ende des liberal-konservativen Paarungsverhältnisses als vollendete Tatsache festzustellen — solche Unschlüssigkeit hätte auch niemand erwarten — wohl aber fand der Reaktionarale Dr. Friedberg scharf Töne zur Bekämpfung der junkerlichen Diktatur. Die Junter bleiben indessen kühl und vernünftig, sie wissen, daß ihnen nichts geschehen kann, und daß, wenn ihnen nicht pariet, aus dem Vlod fliegt, mag er nun Wiemer, Friedberg oder Bülow sein.

Man nimmt vielfach an, daß der Reichstanzler den Falschling nicht mehr überleben wird. Als seinen wachsenden Nachfolger nennt man den Statthalter von Elsaß-Lothringen und früheren Vlodführer in Wien, Grafen Wedel. Ob er vielleicht auch Herrn v. Reinhaben. Bejammertes wird freilich niemand, und was heute richtig ist, kann morgen falsch sein.

Die höchsten Schwierigkeiten geben dem Fürsten Bülow vermutlich mehr zu schaffen als die parlamentarischen. Ueber die Wahlrechtsfrage geht man sich einwilligen durch wüßeloses Schweigen und Richtungsinnezugucken, die nachschäuler soll aber nach ähnlichen „Hoben wie einst die Kanalboote verstrümmelt wer-

gen. Verschiedene Verhaftungen mußten vorgekommen werden. Bereits vor Witternand durchzogen Demonstrationen die Straßen und brachten Hochschule auf den Scharfschiffen aus. Die Hinrichtung erfolgte alldann ohne jeden Zwischenfall.

Perlen.

Eine Niederlage der Regierungstruppen.

Petersburg, 26. Januar. Meldungen aus Teheran berichten, daß die Regierungstruppen, welche gegen die aufständischen Bakischen Provinzen entsandt wurden, von den Revolutionären in einen Hinterhalt gefasst wurden. Die Mehrzahl der Soldaten ist niedergemacht worden. Die Kommandoführer entflohen und ließen ihre Truppen im Stich.

Parteinachrichten.

Im Gees Kandidatur. In Forstheim fand am Samstag eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, in der beschlossen wurde, die Frage der Kandidatur für Forstheim-Stadt demnächst in einer besonderen Mitgliederversammlung zu erörtern. Der alte Vorstand legte darauf in corpore sein Amt nieder, die Neuwahl wurde sofort vorgenommen.

Sogar die „Mannheimer Volkstimme“ fordert jetzt energisch, daß Genosse Gees als Kandidat ohne weitere „Fragen“ und Berechnungen wieder aufgestellt werde.

Das Verinden Volkst. Die „Mündener Post“ schreibt: Entgegen den tendenziösen Meldungen eines liberalen Wochenblattes können wir mitteilen, daß das Verinden Volkst. der in den letzten Monaten lebend war, sich ganz erheblich gebessert hat. Volkst. wird voraussichtlich bereits im März seine parlamentarische Tätigkeit wieder in vollem Umfange aufnehmen.

Reichsverbände als Richter. Als verantwortlicher Redakteur unseres Braunschwäger Brudersblattes sollte sich am Montag Genosse Vrenner vor dem zuständigen Schöffengericht wegen „Beleidigung“ verantworten. Zwei reichsweite Reichsverbände, Rechtsanwält Dr. Schwegert und Militärbaumeister Stemann, beide aus Strassburg i. E., fühlten sich wegen einer Notiz im „Volkst. Freund“ beleidigt. Vor Eintritt in die Verhandlungen lehnte der Vertreter unserer Genossen, Rechtsanwalt Dr. Falber, die Richter als Gefangen ab, denn es stellte sich heraus, daß der Richter, Oberamtsrichter Dr. Huch und die beiden Schöffen Mitglieder des Reichsverbandes sind. Zwar erklärten sich die Reichsverbände für nicht befugten, die Verhandlung mußte aber doch ausgesetzt werden; das Landgericht wird erst darüber die Entscheidung treffen, ob die Richter als Reichsverbände bei angeblicher Beleidigung des Reichsverbandes unparteiisches Recht üben können.

Bevor sich es unserem Genossen Gruber als Verantwortlichen der „Mündener Post“ gegangen. Das Amtsgericht München I lehnte die Privatklage derselben beiden Reichsverbände ab und bürtete ihnen die Kosten auf. Dem Genossen Gruber wurde Wahrung berechtigter Interessen zugute gehalten; es wurde ausgesprochen, daß das Gericht das Aufgreifen jeder Gelegenheit, diesem (Reichs-) Verbände in dem gegenseitigen Kampfe beizukommen, als begründlich und vom Standpunkte des Beschuldigten aus als notwendig anerkennt.“

Vrechliche Richter haben bisher noch kein solch einlenkendes Urteil gefällt.

Der Nationalrat der französischen Partei beschloß in seiner Sitzung am Sonntag den diesjährigen Parteitag in Orléans in der Industriehalle St. Etienne abzuhalten, die in der Kammer durch den Minister und Exzellenzgenossen vertreten ist. Man hofft dadurch St. Etienne und dessen Vorrede, die durch zwei andere „unabhängige Sozialisten“ vertreten sind, dem Sozialismus wieder zurückzuführen. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen folgende Gegenstände: 1. Die Umverteilung; 2. Die Wahlen von 1910; 3. Änderungen des Organisationsstatuts; 4. Die Minister. Es ist beabsichtigt, der nächsten Session des 1. Mai den Charakter einer besonderen Kundgebung für die als gemeinen Feinden zu geben. Der Nationalrat beschloß u. a., sich bei den bevorstehenden 124. Sitzungen zur Kammer mit aller Kraft zu beteiligen und die Frage der Wahlreform, im Sinne der Einführung der Proportionalwahl, in den Vordergrund zu stellen.

Soziales.

Arbeitslosenräthung in Dortmund.

Das Kartell der freien Gewerkschaften hat für Dortmund und eine Arbeitslosenräthung vorgenommen. Es wurden, soweit die Zähler Auskunft erlangen konnten, 1748 Arbeitslose gezählt. Von diesen sind 741 verheiratet, die zusammen 1812 schulpflichtige Kinder zu ernähren haben. Die Zahl der Tage, an denen die Arbeiter ohne Beschäftigung waren, betrug 68.000. Die Summe des Lohnausfalls für die Zeit der Arbeitslosigkeit beträgt 265.227 Mark. Von den Arbeitslosen sind 647 organisiert.

Die Zahlen haben auf Vollständigkeit insofern keinen Anspruch, als die Polen und Ausländer, weil sie behördliche Maßnahmen fürchten, kein Auskunft erteilten. Der „einzigshöchste“ Magistrat Dortmunds, der fortgesetzt behauptet, in Dortmund arbeiteten nur 2000 Mann, beschäftigt mit Notstandsarbeiten ganze 188 Mann. Auf eine Resolution einer großen Arbeitslosenversammlung, die von 1200 Mann besucht war, hat der Magistrat heute — nach drei Wochen — noch nicht geantwortet.

Deutscher Reichstag.

194. Sitzung, Dienstag, den 26. Januar 1909, nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs betreffend **Bohdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern.** (Der Entwurf will den Reichsanlagen ermächtigen, dem Norddeutschen Lloyd für die vierwöchentliche Verbindung des Schutgebietes Neu-Guinea mit Hongkong und Australien und eine weitere einwöchentliche Anfahrtslinie zwischen 500.000 RM. anstatt 230.000 RM. zu bewilligen.)

Staatssekretär v. Seemann-Hollweg erklärt, daß der Lloyd den Nachweis geführt hat, daß er ohne die erhöhte Subvention den Verkehr nicht aufrecht erhalten kann. Das wäre ein schmerzlicher Schlag gegen das aufblühende Schutgebiet, also Staatsanleihe am zweckmäßigsten.

Abg. Dr. Semler (natl.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde und beantragt Verweisung an die Budgetkommission. Die Subvention bedeuete keine Unterbreitung der Meeresrei, sondern sie hilft, damit die deutsche Flagge in der Südsee überhaupt erscheinen könne.

Abg. Dr. Sach (natl.) schließt sich dem Vordränger an. Redner schließt auf den Kartellismus in Hamburg, weil er nebenbei preussischer Abgeordneter sei. (Zweifelhaft: Nebenbei? Gehterlei.)

Abg. Erzberger (Ztr.) wir haben nur zu unterlegen, ob Leistung und Gegenleistung im richtigen Verhältnis stehen. Die Schiffe des Lloyd können für uns nicht in Frage. In der Kommission werden wir auch prüfen müssen, ob der Zuschuß von 350.000 Mark, den Neu-Guinea trotz der Subvention noch erhalten soll, gerechtfertigt ist. (Zustimmung im Zentr.)

Abg. Hermann (Freis. Vst.) Wir sind keine Kolonialschwärmer. Aber wir hoffen, daß die dort angelegten Kapitalien sich noch einmal rentieren. Lediglich Interessent, nicht die Gesichts der Vordränger, hat maßgebend auf die Entscheidung des Reiches. Doch kann es nicht im Interesse des Reiches liegen, wenn die deutsche Flagge aus der Südsee verdrängt wird. Mit der Verweisung an die Budgetkommission sind wir einverstanden.

Staatssekretär Dornburg: Würde Neu-Guinea vom Weltverkehr abgegliedert, so wäre das für dieses Schutgebiet geradezu verheerlich. Deshalb freue ich mich über die Stellungnahme der Vordränger. Der Norddeutsche Lloyd aber nicht zu essen des Lloyd, sondern um die Interessen der Deutschen in jenen Gegenden. (Wabul redit u. h. d. Natl.)

Abg. Nostke (Zos.): Der Reichstag hat zweimal den Reichsantrag angenommen, in denen verlangt wird, daß das Reich nur solchen Firmen Arbeit vergibt, die sich in ihren Arbeitsbedingungen an die gesetzlichen Vorschriften und bestehenden Verträge halten. Der Norddeutsche Lloyd aber nicht. Die Reichsregierung ist sich auf seine Arbeiter beschränkt. Er tritt ihr wichtiges Recht neben dem Wahlrecht, das Wahlrecht mit Äußen (Zustimmung h. d. Zos.). Das Wahlrecht verlor sich nicht verdrängt, dem Seemannsverbande aber einem ähnlich gerichteten Verbands nicht angeschlossen. Das ist ein großer Verlust gegen die guten Sitten. (Zehr macht h. d. Zos.) Der Norddeutsche Lloyd hat seine Vereine gegründet, und er beschäftigt zum Zweck der Erparnis zum großen Teil farbige Mannschaften (Zehr, hört h. d. Zos.). Die Aufnahme der farbigen Arbeiter bedingt sich auf der Profit sucher der Unternehmer. (Zehr wahr h. d. Zos.) In dem vorliegenden Verträge ist auch die Interessen des deutschen Kapitalismus nicht berücksichtigt. Die Schiffe sollen nur in deutschen Werften gebaut, und es sollen nur deutsche Arbeiter verleast werden usw. Die Interessen der deutschen Arbeiter aber sind mit keinem Worte wahrgenommen.

Der Lloyd wird also Chinesen und andere farbige ruhig weiter verwenden dürfen, weil sie billiger sind, wie deutsche Arbeiter. Man spricht sonst immer von dem Schutze nationaler Arbeit. Da sollte man sich auch gegen diese Lohnbrüder durch farbige Arbeiter wenden. Eine von uns in diesem Sinne beantragte Resolution wird dem Hause vorgelegt geben, etwas für den wirklichen Schutz der deutschen Arbeiter zu tun. Die Regierung besteht mit dieser Vorlage eine außerordentliche Maßnahme, aber sie bringt nicht Neues hervor. Es fehlt jeder Nachweis, daß nennenswerte deutsche Interessen in Frage kommen. Der Kolonialmann spricht von einem Verluste des Lloyd bei dieser Linie von 4 Millionen. Aber der diesjährige Büdgetausch nicht traurig nehmen. Auf die Höhe folge die Rüt. — Politisch kommt aber die Rüt nur den Missionären zugute. (Zehr macht h. d. Zos.)

Die Vorlage muß als eine kolonialpolitische beurteilt werden. Die starken Forderungen, die in den Motiven aufgetragen sind, weisen auf die Verwerflichkeit des Herrn Dornburg hin. Da sollen arabe deutsche Interessen in Neu-Guinea vorhanden sein! In Wahrheit sind nur 40 deutsche Unternehmungen. Man sollte die Vorlage ganz ungeschont als Geistesprodukt zur Entbehrung der Neu-Guinealompagnie nennen. (Zehr auf h. d. Zos.) Die Vorlage besetzt die Transportskosten für die bismarckischen Malaien auf das Reich zu übernehmen, lediglich im Interesse der Plantagenbesitzer. (Zustimmung h. d. Zos.) Genoss bemerkt man sich für der 1909 Chinesen nach den Schutzgebieten zu bekommen. — Wirken wir nicht aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Vorlage stimmen müssen, so müssen wir es aus finanziellen tun. Aber mit aller Entschiedenheit werden wir uns dagegen, daß es national sein soll für die deutschen Sozialisten billige Rütis heranzuführen. (Zehr, Wabul h. d. Zos.)

Abg. Raab (Wirtsh. Rag.) stimmt dem Vordränger in Bezug auf die Verwendung der Rütien zu und verlangt, daß man den Seeleuten das Wahlrecht nicht verweigere, das allerdings an Bord zu rufen habe. Ansonsten der trostlosen Annahme sei die Forderung nicht erkennlich. Wir können die Vorlage nicht grundrindlich ab, erwarten aber zahlenmäßige Aufklärungen in der Kommission. (Wabul h. d. Wirtsh. Rag.)

Abg. Dirksen (Wst.): Die Vorlage ist im Interesse der Genossenschaft des Schutgebietes Neu-Guinea notwendig. Sozial müssen wir selbst in den der Annahme für eine aufblühende Kolonie übrig haben. (Wabul redit.)

Abg. Hermann (Freis. Vst.) behauptet gegenüber dem Abg. Nostke, daß die Einstellung farbiger auf den Schiffen auf dem Mangel an deutschen Seeleuten beruhe. Auch könnten die farbigen die hohen Temperaturen besser betragen.

Abg. Nostke (Zos.): Herr Hermann meint u. a., die Arbeiter brauchen ja nicht zum Lloyd zu gehen, wenn ihnen die vorgelegten Verträge nicht passen. Diesen Unternehmern muß können wir, aber er wundert sich doch bei einem freimüthigen Abgeordneten. Herr Hermann hat es ferner für nötig gehalten, auf unsern Wahlprüch „Proletariat aller Völkern vereinigt euch“ hinzuweisen. Leider besorgen die Chinesen diesen Mat nicht. Wie würden ihnen alles aus, aber das Gomb ist uns näher als der Nord, und zunächst haben wir dafür zu sorgen, daß die deutschen Seeleute zu leben haben. (Zehr richtig h. d. Zos.) Wenn das erreicht, wollen wir gerne auch den Chinesen auf eine höhere Kulturstufe verhelfen. Der Leiter der Expedition in Hamburg hat erklärt, es sei nicht möglich, daß die Chinesen gegen die Höhe widerstandsfähiger seien. (Zustimmung h. d. Zos.)

Das Haus beschloß sich. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Antrag Albrecht und Genossen (Zos.) über die reichsgefähliche Regelung der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse in Verbindung mit den dazu gestellten Petitionen. Schluß 3/40 Uhr.)

Polizeiliches und Gerichtliches.

Abgebliebte Reichsverbändler.

Der Offenbacher Konsumverein befand sich befallig gerade während der letzten Landtagsbewegung in Liquidation. Der Amtsgerichtsrat Seibert (natl. Landtagsabgeordneter in Offenbach) erließ mitten in der heftigen Wahlbewegung eine Strafverfügung gegen die Liquidatoren des Konsumvereins wegen ungenügender Liquidations-Bilanz. Dieses Vorgehen maßgebend sich die Reichsverbändler selbstverständlich sofort zunutze, beschuldigten die Leiter des Konsumvereins der Bilanzgefälschung und suchten das amtsgerichtliche Einschreiten gegen die Sozialdemokratie bei den Wahlen auszuschließen. — Die mit der Strafverfügung Bedachten legten beim Oberlandesgericht Darmstadt Beschwerde ein, und das Oberlandesgericht hat nunmehr dieser Beschwerde in allen Teilen Folge gegeben. Die Strafverfügung wurde aufgehoben, und jedes Verfahren gegen die Beschuldigten eingestellt.

Für den einzigen nationalliberalen Richter dürfte das Vorgehen noch insofern ein Nachspiel haben, als es die Sozialdemokraten in dem Landtage zur Sprache bringen werden.

Einer von den Reichsverbandsabgeordneten.

Der bekannte Chemnitzer Reichsverbandsabgeordnete Dr. Köffer und „Redakteur“ der bekannten Schubert-Vorhure gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse ist gestern von der Berufungsinstanz des Landgerichts in Chemnitz abernals um 200 M. Strafe wegen verurtheilte Notigung verurteilt worden. Das Gericht attifiziert ihm in der Urteilsbegründung: „niedrige Gesinnung“. Er hatte das Konzept zu einem Drobrieffe gegen den Vertrauensarzt der Chemnitzer Ortskrankenkasse geliefert.

Kommunales.

Ergebnislose Gese gegen einen sozialdemokratischen Bürger.

In Jüppingen bei Forstheim wurde vor einigen Tagen Genosse Benz zum Bürgermeister (Ortsvorsteher) gewählt. Die unterlegenen Vertreter des Reiches waren müde und suchten unsern Genossen, wo immer es ging, bei den vorgelegten Behörden etwas am Zeuge zu fassen. Allmählich machte das planlose Vorgehen Erfolg; wegen verächtlicher kleiner Unterstellungen erkannte jüngst das Bezirksamt Forstheim auf Amtsentsetzung des sozialdemokratischen Bürgermeisters. Die Herren von Besitz und Bildung jubelten. Benz er erhob Beschwerde bei dem badischen Verwaltungsgerichtshof und dieser entschied, daß die Amtsentsetzung des ehemaligen Bürgermeisters unberechtigt sei. Die gerügten Fehler reichten nicht hin, um die schwere Strafe der Amtsenthebung auszusprechen. Genosse Benz tritt also sein Amt wieder an, und die benutztautischen Gemeindeglieder müssen ob des Ausganges recht lange Gedulde.

Kerisale Situngsstunde.

Aus der städtischen Bibliothek in Wülhausen i. E. sind auf Beschluß der Bibliothek-Kommission des liberal-liberal-demokratischen Gemeinderates die seit Jahren ausliegenden Zeitschriften „Jugend“, „Empiristimus“, „Neue Zeit“, „Leipziger Volkszeitung“, „Freidenker“, „Menschenium“ u. a. entseigt worden. Dafür werden mehr geistliche und Muederschriften ausgelegt.

Quittung.

Kasse für Parteizwecke: Zirkulr 56 040, Distrikt 14 033, einmal Sitzungsgeld 040 Mark.

Verantwortlich für Zeitarbeit, Politische Ueberlicht und Parteinarbeiten Paul Hennig, für Auskunf, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, für Lokales Otto Kriebuhr, für Provinziales und Versammlungsberechtigter Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Grosser

Räumungsverkauf.

Geschäftshaus

J. G. Henning

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Größtes Kaufhaus der Provinz Sachsen.

Theater
**Job
Classen**

eröffnet
am 1. Februar
abends 8 Uhr
mit
**Der
Mann
mit
dem
Fimmel.**
Sensationeller
Erfolg.
Apollo-Theater

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Volter.
Das gr. Januar-Programm
Lijen-Chatsan.
Sines. Hofnarrten-Truppe.
neuliche
12 Garde-Rosaken
u. d. übrigen großen Kräfte.

Stadt-Theater
in Halle a. S.

Direktion: Hofrat W. Richards.
Donnerstag den 28. Januar 1909:
131. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
Mit neuer Ausstattung an
Decorationen und Kostümen.
Novität! Novität!
Zum 11. Male:

Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten (mit Benutzung
des Lustspiels von Gatti-Grotto)
v. N. W. Billmer u. F. Grimbaum.
Musik von Leo Fall.
Auf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.

Freitag, den 29. Januar 1909:
132. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
Legtes Schicksal.
v. Ernst Flebiger
u. Gerhart Hoffmeier in Berlin.
Mit der neuen Ausstattung an
Decorationen, Maschinen und
Bleuchtungs-Effekten.

Undine.
Romantische Oper in 4 Akten
von Albert Lortzing.

Meuselwitz.
Sonntag den 31. Januar
im „Gasthaus zum Kaiser“
zwei große
Lichtbilder - Vorträge
von Th. Meentzen, Dresden.

Nachmittags 4 Uhr:
Kinder - Vortrag.
Thema: **Bekehrtes u. Geistes.**
Unter anderem Wilhelm Tell.
Eine Anekdote von Adm. v. S.
Wang u. f. w.

Abends 8 Uhr:
Vortrag für Erwachsene.
Thema: **Indien, die alte Wunder-**
welt der Zerst. und Reinen.
Eintritt für Kinder 10 Pf., für Er-
wachsene 30 Pf.

Zu nächstem Besuch findet ein
Der Bildungs-Ausschuss.
Freitag **Schachfest.**
H. Klotzer, Schüßler.

Der Siegeszug



des neuen
Wasch- u. Bleichmittels
CLARAX:

Bis heute ca.
**8 Millionen
Tüten**

in einem kleinen Teil Deutsch-
lands fest verkauft. Allein
in Berlin in mehr als 2500 Ge-
schäften erhältlich.

CLARAX ist **einzig** im Handel befindliche
das
Wasch- und Bleichmittel,
welches nur **10 Pfg.** kostet und **weder Chlor**
noch **Soda** noch **Kleesalz** noch **Natriumsuper-**
oxyd **noch** irgendwelche andere der Wäsche
schädliche und der Lunge und den Händen gefähr-
liche Stoffe enthält. (Wir verweisen auf das bekannte Gut-
achten des vereinigten Chemikers Dr. Jeserich.)

CLARAX bleicht durch **Sauerstoff.**
Die Hausfrauen brauchen ihre Wäsche nicht mehr
durch ätzende Waschmittel ruinieren zu lassen, sparen
Unbequemlichkeiten, Zeit und Kosten! Ausser Clarax
gebraucht man nur noch eine gute Seife, weiter
nichts! Die Mädchen und Waschfrauen brauchen
sich nicht mehr Lunge und Hände durch über-
reizende Waschmittel zu ruinieren!

Der bekannte vereid. Chemiker **Dr. Jeserich** über Clarax:
„Ich habe das neue W.-sch- und Bleichmittel
Clarax einer eingehenden Untersuchung unterzogen
und dabei festgestellt können, dass Clarax frei ist von
giftigen, überreizenden, explosierenden oder ätzenden
Bestandteilen und nichts von den sonst als Bleich-
mittel geltenden, die Wäsche angreifenden Stoffen
wie Chlor, Kleesalz, Soda, Säure, Lauge etc. enthält.“
„Ich habe, um die Unschärfe und Bleich-
wirkung von Clarax zu ermitteln, folgende Versuche
angestellt:“

1. Es wurden Gewebestücke aus Leinen und
Baumwolle mehrere Male in gesättigter Clarax-Lösung
je eine halbe Stunde gekocht. Die makroskopische
Untersuchung, sowie angestellte Zerreissproben der
Gewebe faser ergaben, dass letztere nach dieser Be-
handlung **in keiner Weise angegriffen**
erschien.

2. Es wurden Flecke verschiedener Art mit
schwacher Clarax-Lösung behandelt. Hierbei ver-
schwanden in kürzester Zeit durch Blaubeeren, Rot-
wein, sogar durch Eisensulfat entstandene
Flecke, ein Beweis, dass **CLARAX eine ganz**
auffallende Reinigungs- und „bleich-
kraft besitzt.“ (gez.) Dr. Jeserich.

Die ersten Leinen- u. Wäschefirmen Deutschlands,
unter anderen:

- F. V. Grünfeld, Berlin
- Peter Georg Pallas, Magdeburg
- Aug. Pollich, Leipzig
- H. & L. Freudenberg, Essen-Ruhr
- Otto Kraftmeier, Danzig
- Julius Henel vorm. C. Fuhs, Breslau
- usw. usw.

empfehlen **CLARAX** allen Hausfrauen, welche auf
lange Erhaltung und blühende Weisse ihrer Wäsche
Wert legen.

Die vereid. Sachverständige f. Wäschereiwesen **Mario Körner**
schreibt:

„Die mit „Clarax“ behandelte Wäsche hob
sich nach der Fertigstellung beim Anfühlen außer-
ordentlich Feinhaut und Weichheit gegen die mit Soda ge-
waschene Wäsche bedeutend ab.“

Beim Bügeln der Herrenwäsche stellte ich fest,
dass selbst bei oberflächlicher Nachblüfung der
Wäsche nach der „Clarax-Belebung“ ein Gelbwerden
unter dem Bügel, was bei oberflächlicher Nachblüfung
der Wäsche nach der Chlorbleiche leicht vorkommt,
nicht zu bemerken war.

Ich konstatierte noch, dass bei Verwendung von
„Clarax“ vorhandene Flecke, wie Kakao Wein Otar, bei
kurzer Zeit verschwand. Sogar bei
hartgebleichten Decken erzielte ich gute Resultate,
ohne dass „Clarax“ die Farbe im geringsten be-
schädigte.

Ich halte daher „Clarax“ für ein der Wäsche in
keiner Weise schädliches, dagegen einen hervor-
ragenden Bleicherfolg erzielendes Wasch- und Bleich-
mittel. (gez.) **Mario Körner.**

General-Vertrieb:

Adolf Born, Halle a. S.,
Germastr. 2. Fernsprecher 2562.

Achtung! Ammendorf. Achtung!

Freitag den 29. Januar, abends 8 Uhr,
im „Burgschlößchen“:

Deffentliche Frauenversammlung

Thema: Die Frau im politischen Leben.
Referentin: **Frau Ottilie Baqder-Berlin.**
Freie Diskussion.

Die Einwohner, insbesondere die Frauen von Ammendorf, Radewell, Burg,
Osendorf, Döllnis, Beesen zc. werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Einberuferin.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Gros. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Verlagsanstalt (G. m. b. H.) Halle a. S.

Seefisch - Grosshandlung.

Vom Glück
begünstigt waren einige unserer
Island- und Nordsee-
Dampfer, dieselben führten mit guten Fängen nach südmittlicher
Fahrt in den Hafen zurück und sind **heute ab**
die Preise gefallen.

Wir bieten in lebendlicher Ware an:
Kabeljau :: Seelachs :: Schellfisch i. Anschnitt,
Belgol. Angelschellfisch :: Schollen :: Knurrhahn
Rotzungen :: Grätenlose Karbonaden etc.
Räucherwaren in grosser Auswahl.
== Salz-Heringe. ==
Beste Bezugsquelle für Wieder-Verkäufer!
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
„Nordsee“
Gröbte Gröbste-Fischerei Deutschlands.
Gr. Ulrichstr. 58. Telefon 1275.
Täglicher Eingang! - Billigste Tagespreise!

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

**Deffentliche
Volksversammlungen**

finden in folgenden Orten statt:
Schmiedeberg am Sonntag den 29. Januar 1909.
Herzberg am Sonntag den 31. Januar 1909
nachmittags 4 Uhr im „Eierstraß“.
Wittenberg am Dienstag den 2. Februar 1909
im „Stranovitz“ in St.-Wittenberg.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die neue Gewerbeordnungs-Novelle.
2. Die Notwendigkeit des Ausbaues der Ju-
validenversicherung zu einer ausreichenden
Zuvaliden-, Witwen- und Waisenver-
sicherung.

Referenten die Gen. Karl Schrörs, Parteisekretär in
Leipzig und Gustav Ernst, Leipzig.

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt für recht zahl-
reichen Besuch der Versammlungen. Da die Tages-
ordnung eine sehr wichtige ist, so ist es notwendig,
daß die Arbeiterschaft in Massen zu diesen Versammlun-
gen erscheine.

Die Kreisleitung.
J. A.: Wilhelm Freudenberg.

Sozialdemokr. Verein, Wittenberg-Schweinitz.
Freitag, den 29. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr
im **Bums**

Kombinierte Versammlung

d. Filialen Wittenberg, Kl.-Wittenberg, Piesteritz.
Die Tages-Ordnung
ist sehr wichtig und wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Genosse Fritzsche ist zugegen.
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Distrikt Hoheneipisch.**

Sonntag den 30. Januar 1909
Monats-Versammlung.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Nicht eines jeden
Genossen, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen. — Gleich-
zeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Genosse sein Mit-
gliedsbuch mitzubringen hat. — Genossen! Nimm Euch auch Eurer
Arbeit auf und erscheine alle in der Versammlung. Der Vorstand.

Einem geehrten Publikum empfehle
zu den bevorstehenden **Masken-**
bällen mein reichhaltiges
Kostüm-Lager
zur gefälligen Benutzung.
M. Radtke, Zeitz,
Fabrikstrasse 8.



Preußisches Dreiklassenhaus.

18. Sitzung. Dienstag, den 26. Januar, 12 Uhr mittags.

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Ein Schlußantrag wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Die Beratung der Anträge der Freireinigen und Polen auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts...

Es ist deshalb Pflicht der Genossen, die rasig seit noch zur Einführung anzufragen.

Was man nicht definieren kann...

Einem jüngeren Landarbeiter in Delitz a. B. ging ein Strafmandat über 15 Mk. vom Amtsrichter in Beulsdorf zu.

Der Unflugparagraf ist doch wirklich so folbar, er genügt vollkommen, besondere Notensparagrafen sind gar nicht notwendig.

Seit 26. Januar. An die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine! Vom Sonntag, den 14. Februar, ab bis zum 28. Februar, resp. 1. März...

An die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher des Regierungsbezirks Merseburg.

Sonntag, den 21. und Montag, den 22. Februar, findet in Halle, 'Vollspart' (Burgstraße) eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher statt...

Zugordnung in beiden Konferenzen: Die Verhältnisfrage in den Gemeinden unseres Bezirks und die Stellung unserer Vertreter dazu.

Zu den Konferenzen haben sämtliche sozialdemokratische Gemeindevorsteher Zutritt, doch müssen sie ein Mandat haben...

Das sozialdemokratische Bezirkskomitee.

Hus den Nachbarreifen.

Nur noch wenige Tage, mehr bis 30. Januar, liegen in den ländlichen Gemeinden die Wählerlisten aus.

Seit 26. Januar. Achtung, Vereine! Wie wir erfahren, haben die Vorstände verschiedener Vereine Vernehmungen darüber gehabt...

Seit 26. Januar. Die Vorstände folgender Gewerkschaften werden dringend erucht, zu einer Aussprache beim Vorstehen des Kartells...

Seit 26. Januar. Die Mitglieder des Konsumvereins seien hierdurch nochmals auf die am Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr...

Seit 26. Januar. (E. A.) Gewerbegerichts Sitzung vom 24. Januar. Wegen die Firma Bohme in Schölen klagt der Arbeiter Hartmann...

Berthold Meryan.

Roman von Cornelia Suggens. (Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

Es war an einem Abend im November des Jahres 1880. In dem Speisezimmer eines Hauses der Aristokratie der Herengasse in Amsterdam...

Es war ein geräumiges, niedriges Zimmer in altmodischem Stil. Die schwere, dunkle Eichenbänke, die braunen Ledersessel...

Im schönsten Gegenlicht zum Gange stand jedoch der große Tisch, der mit Vasen, Büchern, Hefen, Interessanten und Schulentischen aller Art bedeckt...

„Doch doch endlich mit der Arbeit fertig!“, rief Berthold zu, als dieser plötzlich mit der Faust auf sein Gesicht schlug und dann, ein wilder Verzweiflung, den Kopf zwischen die Hände nahm...

„Nimmere dich nur um Deine Söhne!“ lautete die mehr herabgelassene als affektuelle Antwort.

Wieder zusammen und fing an, einen Gassenhauer zu pfeifen. Ein Bombardement von Faustschlägen auf den Tisch ließ das Pfeifen bald verstummen.

„Aber jetzt zum allerletzten Male sage ich Dir, Berthold, nicht!“, drohte der ältere Bruder gegen den jüngeren mit ernst ruhiger, aber wohlwollender Gebärde...

„Wenn Du mich berührst, ererbe ich Dich! Hörst Du?“ „Ich ererbe Dich!“ rief er nochmals, so daß Johann, verlegen mit seiner großen Figur, welche Bertholds Drohung lächelnd ertrug...

„Wohlt Ihr endlich ruhig liegen! Sofort lege den Stuhl wieder an seinen Platz! Was habt Ihr Euch schon wieder zu denken?“

„Er hat mich ein Mädchen geschimpft!“ flüsterte Berthold mit vor Wut entsetzter Stimme, balle die hässliche argen seinen Bruder und stampfte mit den Füßen.

„Feigling! Wenn ich eben so alt und so stark wäre wie Du, würdest Du es wohl beiben lassen!“

Dich schlagen, bis Du Dich auf dem Boden niederwürdest. Aber gegenüber einem so kleinen, hilflosen Waben mich ich ja wohl großmütig sein!“ erwiderte Johann hochmütlich...

„Soll's nun auf's Neue wieder losgehen?“ ermahnte die Mutter mit einem trübenden Blick. Dann zog sie den jungen Trostlos zu sich und strich ihm das Haar von der glühenden Stirne.

„Hut Berthold! Wie kann man sich nur so aufregen!“ „Hut! Ich lasse mich nicht beleidigen...“ am allerwenigsten von ihm!

„Johann antwortete darauf mit einem herausfordernden Blicken. Die junge Frau richtete auf ihren Kellerten nochmals einen trübenden Blick.“

„Über der strengen Blick lösete den sanften blauen Augen, den ich nicht die des kleinen Mädchens, offenbar viel Mühe, erbeugt über ganz ohne Wirkung.“

„Johann, nimm Deine Wälder und geh' sofort in das Schulzimmer!“ kam es dann kurz und scharf von seinen Lippen.

